

Attraktivitätssteigerung auch durch Digitalisierung

NRW Ministerpräsident Armin Laschet bei der dbb Jahrestagung

Am 6. und 7. Januar 2020 fand die 61. Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes in Köln statt. Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, freute sich, dass auch in diesem Jahr die dbb Jahrestagung in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat. Das Thema lautete dieses Mal: „Ideenwerkstatt öffentlicher Dienst“.

Zum traditionellen politischen „Schlagabtausch“ über die aktuelle Lage im öffentlichen Dienst sprachen bei der Jahrestagung unter anderem **Horst Seehofer**, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, und der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Armin Laschet**.

Laschet hob in seiner Rede die große Bedeutung eines leistungsfähigen und funktionie-

renden öffentlichen Dienstes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hervor. Ein starker Staat, so Laschet in seiner Rede, liege immer im Interesse der Schwachen, meinte er. Die Reichen und die Starken werden die Dinge stets selbst regeln. „Wir wollen, dass für jeden die Bildungschancen gleich sind, dass Sicherheit überall und für jeden gewährleistet ist, das gleiche Recht für alle gilt“, so der NRW-Minister-



Roland Staude mit dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach.

präsident. Das könne nur ein starker Staat leisten.

Und dieser Staat brauche die besten Leute. Daher sprach

sich der Ministerpräsident für eine Attraktivitätssteigerung aus. Er freue sich bereits auf das Gespräch mit dem Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen und weiteren Gewerkschaften zu diesem Thema, das in Kürze stattfinden wird.

Zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst forderte Laschet eine entschiedeneren Haltung von Politik und Gesellschaft. „Hier brauchen wir ein Stoppschild, ein Signal. Wir lassen uns nicht gefallen, dass unsere Staatsbediensteten so angegangen werden.“

Horst Seehofer: „Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie.“



DBB NRW Vorstand auf der Jahrestagung: Stefan Behlau, Achim Hirtz, Anusch Melkonyan, Rainer Hengst, Roland Staude, Astrid Walter-Strietzel, Andreas Hemsing, Andrea Sauer-Schnieber, Moritz Pelzer und Mathia Arent-Krüger (von links)

4 Haushaltsabschluss 2019

Leerstellen finanzieren
Schuldenabbau



5 Leerstellen im öffentlichen Dienst

Werkstattgespräch
bei der FDP-
Landtagsfraktion



6 Erich Rettinghaus wiedergewählt

Landeskongress
der Deutschen
Polizeigewerkschaft





Bundesinnenminister Horst Seehofer



NRW-Ministerpräsident Armin Laschet

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Deutschland sei sehr hoch, sagte der Bundesinnenminister Seehofer vor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Jahrestagung. Er sei das Rückgrat für den Rechtsstaat und die Demokratie in Deutschland.

Außerdem, so Seehofer, hätten die Beamtinnen und Beamten bloße Ankündigungen satt. Sie fragen: Wird es denn auch gemacht? Sein Haus habe das vor wenigen Tagen in Kraft getretene Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz auf

den Weg gebracht. „Neben den guten Tarifabschlüssen der letzten Jahre und dem Personalaufbau trägt dieses Gesetz dazu bei, dass wir attraktiv, wettbewerbsfähig und zukunftsfähig bleiben.“

Mit Blick auf die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst meinte er, dass die Bundesregierung alles unternehme, um für mehr Sicherheit zu sorgen. Neben strafrechtlichen Verschärfungen sei es „erforderlich, das gesellschaftliche Klima gegenüber uniformierten Polizei- und Rettungskräften zu verbessern sowie den

Respekt und die Anerkennung gegenüber diesen zu stärken“. **Ulrich Silberbach:** Den Sanierungsfall öffentlicher Dienst jetzt zukunftsfest machen.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte in seiner Eröffnungsrede: „Wir verspielen ein Stück Zukunft in Deutschland, wenn wir den Sanierungsfall öffentlicher Dienst jetzt nicht zukunftsfest machen.“ Die Zeiten, in denen der Rotstift immer wieder an den öffentlichen Dienst gesetzt werde, müssten endgültig und nachhaltig vorbei sein. Die Bewältigung drängender

Herausforderungen dürfe nicht an mangelndem Personal scheitern, so der dbb Bundesvorsitzende.

Die seit 2004 von 38,5 auf 41 Wochenstunden angehobene Arbeitszeit für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten bezeichnete der dbb Chef zudem als „einseitiges Sparen zugunsten einer Gruppe“.

Horst Seehofer griff am Ende seiner Rede den Vorschlag von Ulrich Silberbach auf, ein Meldesystem für Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst einzurichten. ■

dbb Jahrestagung

Impressionen von der dbb Jahrestagung

Mitglieder des DBB NRW Vorstands im Gespräch

Traditionell zum Jahresbeginn hat am 6. und 7. Januar 2020 die Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes in der Messe Köln mit viel politischer Prominenz stattgefunden.

Die Mitglieder des Vorstands des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen haben wie in jedem Jahr die Chance genutzt und mit zahlreichen politisch Verantwortlichen am Rande

der Tagung Gespräche geführt. Zumal auch verschiedene Regierungsmitglieder und Landtagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen zugegen waren.



Roland Staude und Hubert Meyers mit Bundesinnenminister Horst Seehofer



Roland Staude mit NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und dbb Bundesvorsitzendem Ulrich Silberbach



Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey mit der Vorsitzenden der Landesfrauenvertretung Anusch Melkonyan und Christoph Busch



Roland Staude mit dem Landtagsabgeordneten Martin Börschel (SPD)



Achim Hirtz und Roland Staude mit dem Landtagsabgeordneten Jörg Blöming (CDU) und dem CDA-Landesvorsitzenden Dennis Radtke (MdEP)



Himmel Ertürk und Reinhard Buschkamp (Leiter des LBV)



Astrid Walter-Strietzel und Roland Staude mit Quang Anh Paasch, Pressesprecher der „Fridays for Future“ Bewegung



Roland Staude mit den Mitgliedern der Bundesleitung Friedhelm Schäfer und Ulrich Silberbach



Roland Staude im Gespräch mit den Landtagsabgeordneten Dr. Marcus Optendrenk (CDU) und Jörg Blöming (CDU) und dem CDA-Landesvorsitzenden Dennis Radtke, MdEP.



Die dbb jugend nrw mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

IMPRESSIONEN

Leerstellen finanzieren Schuldenabbau

Haushaltsabschluss des Landes 2019

Die Landesregierung hat im Ausschuss für Haushalt und Finanzen den vorläufigen Jahresabschluss 2019 vorgestellt. Erfreulicherweise weist er einen Überschuss von rund 1,2 Milliarden Euro aus.

Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass mehr als die Hälfte dieses Überschusses durch Minderausgaben beim Personal finanziert wird. 654 Millionen Euro – so hoch ist die Summe, welche das Land 2019 alleine beim Personal eingespart hat.

Hauptursache dafür sind die rund 17 000 Leerstellen, welche aktuell im öffentlichen Dienst nicht besetzt werden können – die meisten davon in den Bereichen Schule, Justiz und Steuerverwaltung. Die hohe Zahl der Leerstellen macht deutlich, dass der

öffentliche Dienst ein Attraktivitätsproblem hat.

Diese Tatsache scheint zwar inzwischen Konsens zwischen den Gewerkschaften und der Landesregierung zu sein, entsprechende Gegenmaßnahmen lassen aber noch auf sich warten.

„Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst fangen jeden Tag die Mehrarbeit auf, die durch

die vielen Leerstellen entsteht“, erklärt **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen. „Das kann aber kein Dauerzustand sein, deswegen muss die Landesregierung die Minderausgaben investieren, um die Leerstellen schnellstmöglich abzubauen. Andernfalls wird hier nur Sparpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten gemacht.“

JMJ

Berufspolitik

Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst

Fortsetzung der Gespräche mit der FDP-Landtagsfraktion

Mit einer großen Delegation war der DBB NRW zum Gespräch mit dem Vorstand der FDP-Landtagsfraktion erschienen. Inhalt des Gesprächs war unter anderem die dringend nötige Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst. Soll dieser auch in Zukunft sta-

bil und funktionsfähig sein, ist schnelles Handeln geboten. Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen ist deswegen im stetigen Austausch mit der Politik.

Für den DBB NRW Vorstand nahmen am Gespräch teil:

Roland Staude, Jutta Endrusch, Andrea Sauer-Schnieber, Hubert Meyers, Erich Rettinghaus, Himmet Ertürk, Andreas Hemsing, Andreas Bartsch, Stefan Behlau, Astrid Walter-Strietzel, Achim Hirtz und Moritz Pelzer. Von Seiten der FDP-Landtagsfraktion nahmen

teil: Der Fraktionsvorsitzende **Christof Rasche** und seine Stellvertreter **Ralf Witzel, Marcel Hafke, Marc Lürbke**, der parlamentarische Geschäftsführer **Henning Höne** und die Vizepräsidentin des Landtags, **Angela Freimuth**.



Andreas Hemsing, Stefan Behlau, Achim Hirtz, Himmet Ertürk, Moritz Pelzer, Jutta Endrusch, Roland Staude, Astrid Walter-Strietzel, Christof Rasche, Andreas Bartsch, Erich Rettinghaus, Hubert Meyers, Andrea Sauer-Schnieber und Henning Höne (von links)

Was tun gegen Leerstellen im öffentlichen Dienst?

Werkstattgespräch bei der FDP-Landtagsfraktion

Der DBB NRW diskutierte zusammen mit der dbb jugend nrw sowie Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis im Rahmen eines öffentlichen Werkstattgesprächs mit Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion. Thema waren Handlungsfelder rund um eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen.

Die demografische Entwicklung, eine große Zahl an Leerstellen, eine hohe Arbeitsverdichtung und entsprechend hohe Krankenstände – das sind nur einige der Probleme, welche es im öffentlichen Dienst zu lösen gilt. Hinzu kommen noch die Herausforderungen der Digitalisierung und eine sich immer schneller verändernde Arbeitsweise. Gleichzeitig stellt die Gewinnung von qualifizierten Bewerbern zunehmend ein Problem dar.

Als einen Grund dafür sieht **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) die niedrige Eingangsbesoldung: „Zum einen wurden im Rahmen des Bologna-Prozesses die Ausbildungsabschlüsse angepasst und zum anderen werden die täglichen Anforderungen an die Beschäftigten zunehmen größer und auch vielfältiger.“



Roland Staude bei der Diskussion

Das muss sich auch in der Besoldung widerspiegeln.“ Entsprechend forderte er eine Anhebung der Eingangssämter um jeweils eine Besoldungsgruppe.

Die Besoldung alleine würde jedoch nicht ausreichen, führte der DBB NRW Vorsitzende in seinem Impulsvortrag weiter aus. „Auch eine Arbeitszeit mit 41 Wochenstunden wirkt für potenzielle Bewerber nicht gerade attraktiv, insbesondere mit Blick auf die Ansprüche der kommenden Generation. Für diese gewinnt eine gute Work-Life-Balance immer stärker an Bedeutung.“

Viel diskutiert wurde auch über die Vereinbarkeit von Familie, Karriere und Beruf sowie über die Ausstattung von Büros und Gebäuden. „Auch eine moderne Ausstattung ist für viele Bewerber wichtig“, betonte Roland Staude und erhielt dabei Unterstützung von **Moritz Pelzer**, Vorsitzender der dbb jugend nrw und Vorstandsmitglied beim DBB

NRW. Dieser referierte mit Verweis auf die aktuelle Shell-Studie über die sogenannte Generation Z. Bei dieser könne der öffentliche Dienst zwar grundsätzlich punkten, zum Beispiel mit einem vergleichsweise sicheren Job sowie großenteils geregelten Arbeitszeiten, diese Vorteile würde er jedoch zu wenig kommunizieren, so der Landesvorsitzende der dbb jugend. Vielmehr würden junge Menschen durch die starren Strukturen, eine hohe Arbeitszeit sowie eine teilweise schlechte räumliche Ausstattung abgeschreckt, sich für den öffentlichen Dienst zu entscheiden.

Auch **Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis**, Professor für Beamtenrecht und Öffentliches Dienstrecht, verwies auf das grundsätzlich große Attraktivitäts-



Rainer Matheisen (FDP), Thomas Nüchel (FDP), Ralph Bombis (FDP), Roland Staude, Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis, Ralf Witzel (FDP), Moritz Pelzer, Bodo Middeldorf (FDP)



Blick ins Plenum

potenzial des öffentlichen Dienstes für zukünftige Generationen. Diesem ständen seiner Ansicht nach jedoch eine niedrige Eingangsbesoldung, eine hohe Wochenarbeitszeit sowie vielerorts ein Beförderungsstau im Wege. Zudem führte er aus, dass eine bessere Förderung von lebenslangem Lernen und insbesondere von berufsbegleitender Fortbildung wichtig sei, um die entsprechenden Fachkräfte auch dauerhaft an den öffentlichen Dienst zu binden.

JMJ

Erich Rettinghaus als Landesvorsitzender der DPoIG wiedergewählt

Landeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen

Sicherheit – Werte – Gerechtigkeit: Unter diesem Motto fand in der Zeit vom dem 15. bis 17. Januar 2020 der Landeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen (DPoIG) in Neuss statt.



© Friedrich Windmüller (3)

Andreas Hemsing, Erich Rettinghaus, Roland Staude und Rainer Hengst (von links)

Der bisherige DPoIG-Vorsitzende und stellvertretende DBB NRW Vorsitzende **Erich Rettinghaus** wurde mit überwältigender Mehrheit als Landesvorsitzender wiedergewählt. **Roland Staude**, Vorsitzender

des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, gratulierte gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen **Andreas Hemsing** und **Rainer Hengst** dem DPoIG NRW-Landesvorsitzenden herzlich.



Roland Staude mit dem Minister des Innern Herbert Reul

Außerdem wurden auf dem Landeskongress in den Vorstand gewählt: **Frank Mitschker** als 1. stellvertretender Vorsitzender und zu stellvertretenden Vorsitzenden **Sabrina Doktorowski**, **Sascha Gerhardt**, **Jürgen Franke** und **Michael Habeck**.

Der Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, **Herbert Reul**, machte in seiner Rede deutlich, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat zunehmend verloren gehe und



Der neu gewählte Vorstand: Sabrina Doktorowski, Sascha Gerhardt, Jürgen Franke, Erich Rettinghaus, Michael Habeck, Frank Mitschker (von links)

alles daran gesetzt werden müsse, dieses zurückzugewinnen.

Wir müssten gemeinsam beweisen, rief er den rund 200 Delegierten und Ehrengästen in einer leidenschaftlich vorgebrachten Rede zu, dass die staatlichen Organe funktionieren, dass der Rechtsstaat funktioniere.

Neben dem Innenminister und dem wiedergewählten Landesvorsitzenden hielt u. a. **Wolfgang Bosbach**, Vorsitzender der Regierungskommission „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen“ eine Rede. ■

Geller-Kleinrahm Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen

Volksentscheid am 18. Juni 1950

70 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen

Als das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, ging es auch mit der Landesverfassung weiter. Allerdings bestanden innerhalb der Koalition aus CDU, SPD, Zentrum und KPD Differenzen. Auch innerhalb der Landesregierung existierten zwei unterschiedliche Entwürfe.

DBB intern

Roland Stauder spricht auf DSTG-Ortsverbandsversammlung

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Roland Stauder, hat am 17. Januar 2020 auf der Ortsverbandsversammlung für Groß- und Konzernbetriebsprüfung (GKBp) der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) in Bonn über die aktuelle gewerkschaftspolitische Lage gesprochen. Dabei informierte er sich vor Ort, wie es um die Groß- und Betriebsprüfung hier in Nordrhein-Westfalen steht.



Michael Stockamp (PR-Vorsitzender GKBp Bonn), Thomas Quast (BPR-Vorsitzender Rheinland), Roland Stauder und Ralf Streit (OV-Vorsitzender der DSTG GKBp Bonn) (von links)

Nach 22 Sitzungen des Verfassungsausschusses wurde dem Landtag schließlich eine Vorlage zur Entscheidung präsentiert, die Anfang Juni 1950 mit knapper Mehrheit angenommen wurde.

In Kraft trat die Verfassung erst nach einem von den Briten angeordneten Volksentscheid. Er fand zeitgleich mit den Landtagswahlen am 18. Juni 1950 statt und ergab mit 62 Prozent der abgegebenen Stimmen eine einfache Mehrheit für die Annahme der Verfassung.

Die seither erfolgten rund zwanzig Verfassungsänderungen wurden durchgängig vom Landtag beschlossen.

Die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen ist in drei Teile gegliedert. Der Erste Teil legt die Grundlagen des Landes fest. Der Zweite Teil („Von den Grundrechten und der Ordnung des Gemeinschaftslebens“) erklärt in Art. 4 Abs. 1 die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte zum Be-

standteil der Verfassung und unmittelbar geltendem Landesrecht. Im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Landesverfassungen gibt es keinen eigenen Grundrechte-katalog.

Der Dritte Teil enthält Bestimmungen zu den Organen und Aufgaben des Landes, zum Landtag, zur Landesregierung und Gesetzgebung sowie die Regelungen über Rechtspflege, Verfassungsgerichtshof, Verwaltung und über das Finanzwesen des Landes.

Der Landtag wird das Jubiläum mit einer großen Festveranstaltung am Donnerstag, 18. Juni 2020, im Plenarsaal feiern.

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staupe (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Johanna Muschalik-Jaskolka (JM) und Markus Klügel (MK).
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 42, gültig ab 1.10.2019. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Landesjugendleitung der dbb jugend nrw tagt hinter Gittern

Klausurtagung im zweitältesten Gefängnis Deutschlands

Zur Projekt- und Strategieplanung für das Jahr 2020 traf sich die Landesjugendleitung der dbb jugend nrw am 11./12. Januar zur Klausursitzung in Münster. „Klausur“ war diesmal ganz wörtlich zu nehmen: Die Gewerkschafter tagten hinter verschlossenen Türen inmitten der örtlichen Justizvollzugsanstalt (JVA), dem zweitältesten Gefängnis Deutschlands.

Für eine zweitägige Arbeitssitzung, bei der viel planerische und vor allem kreative Arbeit geleistet werden soll, sind Ruhe und Abgeschiedenheit durchaus hilfreich. Dennoch ist eine Tagung im Gefängnis hinter verschlossenen Türen dann doch eher ungewöhnlich. Hintergrund des ausgefallenen Tagungsorts: das Vorstandsmitglied des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Achim Hirtz, Mitglied der BSB-D-Landesleitung, hatte die Vertreterinnen und Vertreter

der Jugend kurzerhand zur Arbeitstagung in seine JVA eingeladen.

Jahresthema für 2020 festgelegt

Die ruhige Arbeitsatmosphäre hinter Gittern und vielleicht auch der Ausblick auf das Wiedererlangen der Freiheit nach getaner Arbeit beflügelte die Jugendvertreter.

Viele neue Projekte für dieses Jahr wurden geplant – und

auch das Jahresthema für 2020 steht fest.

Unter dem Slogan: „Misch dich ein! Wenn nicht DU, wer dann?“ soll in diesem Jahr die direkte Beteiligung der Jugend an gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Themen besonders in den Fokus genommen werden. Damit einher geht auch die diesjährige August-Aktion: Am 27. August führt die Jugendorganisation des DBB NRW einen Parlamentarischen Abend in Düsseldorf durch. In einer lockeren Atmosphäre wird es für alle Mitglieder der dbb jugend nrw die Gelegenheit geben, mit hochrangigen Landespolitikerinnen und -politikern ganz ungezwungen ins Gespräch zu kommen.

Anregender Austausch mit MdL Simone Wendland

Auch die Landesjugendleitung selber wird in 2020 wieder regelmäßig den Dialog mit Politikern suchen. So geschehen auch bei der Klausursitzung selbst: Mit MdL Simone Wendland (CDU), die ihren Wahlkreis in Münster hat, trafen sich die Jugendvertreter zu Beginn der Klausur, um insbesondere die Themen „Ehrenamt“ und „Gewalt gegen Beschäftigte“ intensiv zu diskutieren.

Wendland zeigte sich angetan vom anregenden Austausch und will den Dialog mit der dbb jugend nrw gerne weiterführen.

MK



Im Rahmen der Klausursitzung traf sich die Landesjugendleitung der dbb jugend nrw mit MdL Simone Wendland (4. von rechts).

© dbb jugend nrw